

## Betriebsgruppe der Stadtteilschule Horn

## Senator Rabe manövriert die Schulen in den 2. Lockdown

Etwa vier Monate waren die Schulen seit dem Sommer im sogenannten "Regelbetrieb". Vier Monate in denen die Schulbehörde alles dran gesetzt hat, um der Öffentlichkeit Normalität vorzugaukeln und die Pandemie-Lage an den Hamburger Schulen schönzureden - um dann Mitte Dezember in erneute defacto-Schulschließungen und "Fernunterricht" zu rasseln.

Die Hamburger Schulpolitik ist für die hohen Corona-Infektionszahlen sicher nicht (alleine) verantwortlich. Aber die Politik der Augenwischerei und des Herumwurschtelns der Schulbehörde und ihres Chefs – Senator Ties Rabe – ist dennoch einerseits verantwortlich für viele vermeidbare Infektionen an den Schulen zwischen Oktober und Dezember und andererseits für den noch immer miserablen Zustand der Schulen im zweiten Lockdown.

Es war schon erstaunlich, mit welcher Nonchalance Ties Rabe die Öffentlichkeit zu beschwichtigen und sich selbst in ein gutes Licht zu rücken versuchte:

1. Behauptung: "Die Schulen sind sicher". Das wiederholte Senator Rabe wie ein Mantra.

Fakt ist: Nahezu ein Viertel aller Neuinfektionen in Hamburg in dem Zeitraum zwischen Ende der Herbstferien und dem zweiten Lockdown betreffen Schülerinnen und Schüler sowie das Schulpersonal. Mehrere Schulen mussten zeitweilig ganz schließen, etliche ganze Jahrgänge zu Hause lassen. Die Normalität des "Regelbetriebs" sah so aus, dass planmäßiger Unterricht über weite Strecken unmöglich war, weil sich immer wieder KollegInnen, Klassen oder größere Schülergruppen in Quarantäne begeben mussten. Das RKI gab an, in 75% der Infektions-Fälle nicht nachverfolgen zu können, woher die Infektionen stammen. Aber Ties Rabe behauptete weiter, dass die Infektionen nicht in Schulen stattgefunden haben und die Schulen sichere Orte seien. Senator Rabe ignorierte die dringenden Empfehlungen des RKI und die Forderungen z.B. der GEW, rechtzeitig auf einen geplanten und organisierten Wechselunterricht umzusteigen. Stattdessen sind nun die Schulen de facto erneut ganz dicht. Sogar jetzt noch versucht der Senator seine Behauptung aufrecht zu erhalten und scheut offenbar nicht davor zurück, Aussagen von Kinder- und Jugendärzten in seinem Sinne umzudeuten und Ergebnisse eigens in Auftrag gegebener Studien nur selektiv zu veröffentlichen und missliebige Ergebnisse zu verschweigen (s. NDR-Bericht in "Panorama 3").

- 2. Behauptung: "Die Schulen sind auf alle Szenarien, auch einen neuen Lockdown vorbereitet". Die Schulschließungen im Frühjahr 2020 waren im Ergebnis eine Katastrophe vor allem für SchülerInnen aus den ökonomisch benachteiligten Stadtteilen. Was wurde getan, damit ein weiterer Lockdown nicht noch einmal zum Brandbeschleuniger der sozialen Auslese wird? Fakt ist:
  - Weiterhin haben sehr viele Schülerinnen und Schüler keine für den "Fernunterricht" notwendigen digitalen Endgeräte. Die Schulbehörde hat Tausende Geräte gekauft. Sie hat es aber versäumt, eine Bedarfsanalyse vorzunehmen, sondern hat die Geräte nach dem Gießkannenprinzip an die Schulen gegeben. Im Ergebnis liegen viele dieser Geräte seit Monaten ungenutzt in den Schulen, weil viele SchülerInnen in eher reichen Stadtteilen bereits über (bessere) Geräte verfügen, während zum Beispiel im Einzugsgebiet unserer Schule (Horn und Billstedt) die Zahl der gekauften Geräte nicht ansatzweise ausreicht, um die vielen SchülerInnen zu versorgen, die über kein oder kein angemessenes Endgerät verfügen. Weiterer Grund: Die Behörde hat kein Personal eingestellt, um die Geräte einsatzbereit zu machen, und keine geeignete Software zur Verfügung gestellt. Dieser Missstand wird an unserer wie auch an vielen anderen Schulen durch ungezählte Stunden unbezahlter Mehrarbeit technikaffiner KollegInnen so weit wie möglich behoben. Dennoch bleiben Tausende Schüler nun erneut ohne digitale Geräte wochenlang zu Hause.
  - Real sind noch viel mehr SchülerInnen vom digitalen "Homeschooling" ausgeschlossen, weil sie zu Hause über keine ausreichende Internetverbindung verfügen, um sich an digitalen Unterrichtsformaten beteiligen zu können. Sollte nicht die Schulpflicht und die

- Lernmittelfreiheit den Staat dazu verpflichten, <u>allen</u> Kindern eine Teilnahme am Unterricht auch während monatelanger Schulschließungen zu ermöglichen? In Skandinavien z.B. funktioniert das offenbar.
- Wir wollen zumindest auch kurz erwähnen, dass unser digitaler Unterricht überhaupt auch nur möglich ist, weil wir – auf eigenes Risiko und eigene Kosten – unsere privaten digitalen Endgeräte nutzen. Ein Zustand, der in Unternehmen der Privatwirtschaft undenkbar wäre. Die von der Bundesregierung in Aussicht gestellten Endgeräte für Lehrkräfte lassen bereits ein Jahr auf sich warten. Ob diese dann adäquat für den Einsatz in unserer Arbeit sind, steht noch einmal auf einem ganz anderen Blatt.

Monatelang hat Ties Rabe unwissenschaftliche Sprechblasen losgelassen, anstatt wirksame Konzepte für Schule unter Pandemiebedingungen zu entwickeln. Die Hamburger Schulpolitik hat in der Corona-Krise auf ganzer Linie versagt und bis heute nicht aus ihren Fehlern gelernt. Auch nach einem Jahr der Pandemie gibt es weiterhin keine schlüssigen Konzepte. Wir Schulbeschäftigte haben viel zu oft am Freitag aus der Presse erfahren, wie wir am Montag arbeiten sollen.

Wir fühlen uns durch diese Politik verheizt. Unsere Belastungsgrenzen wurden monatelang ignoriert. Wir wurden durch diese Politik einem unnötig hohen Infektionsrisiko ausgesetzt.

Aber der eigentliche politische Skandal besteht darin, dass es erneut vor allem die SchülerInnen aus Stadtteilen wie unserem sind, die die Zeche dieser Politik zahlen: Indem sie – trotz all unserer Bemühungen - wieder wochenlang nicht angemessen lernen können, sozial verwahrlosen und auf sich allein gestellt zu Hause verkümmern.

**GEW-Betriebsgruppe der Stadtteilschule Horn**